
16043/J XXVII. GP

Eingelangt am 30.08.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Peter Wurm
an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und
Technologie
betreffend **Millionen Diesel-Pkw droht jetzt das Aus**

Am 14.07.2023 wurde auf [krone.at](https://www.krone.at) folgendes veröffentlicht:¹

Millionen Diesel-Pkw droht jetzt das Aus

Bis zu 1,6 Millionen heimische Diesel-Pkw könnten im Extremfall wegen unerlaubter Abgas-Abschaltung stillgelegt werden.

Als Folgewirkung des VW-Skandals, bei dem es um illegale Abgas-Software ging, droht nun bis zu 1,6 Millionen Fahrzeugen der Entzug der Betriebserlaubnis, also eine behördliche Stilllegung. Das vermuten die Arbeiterkammer (AK) und die Konsumentenschützerin Lydia Ninz.

Nicht nur VW betroffen

Betroffen wären Diesel-Pkw von VW, Mercedes, Opel, BMW und Renault. Grund ist das aktuelle Urteil eines deutschen Gerichts, wonach auch die bereits von vielen Lenkern durchgeführte „Reparatur“ der Software mangelhaft sei. Die Autos stoßen weiterhin zu viele Schadstoffe aus. Jüngst erklärte auch der EU-Gerichtshof, dass die Abgasreinigung, die sich bei bestimmten Temperaturen ausschaltet („Thermofenster“) unzulässig sein kann.

Offen ist nun, ob das deutsche Urteil rechtskräftig wird. Wenn, dann wäre es auch für Österreich anwendbar. Vorsorglich solle Verkehrsministerin Leonore Gewessler jedenfalls sofort die weiteren Software-Updates stoppen und bei der EU die Typengenehmigungen der betroffenen Autos überprüfen lassen, fordert die AK. Die Hersteller müssten zur Nachrüstung mit Stickoxid-Katalysatoren bzw. zur Zahlung von Schadenersatz verpflichtet werden.

¹ <https://www.krone.at/3059401>

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Anfrage

1. Wie bewerten Sie diese Situation als zuständige Verkehrsministerin insbesondere auch im Hinblick auf die KFZ-Nutzung durch österreichische Konsumenten und Unternehmen?
2. Werden Sie diesbezüglich mit der Europäischen Kommission Kontakt aufnehmen, um hier im Sinne der heimischen Konsumenten und Unternehmen und deren KFZ-Nutzung eine Lösung herbeizuführen?